

wie eng verwoben die einzelnen genannten Themenfelder sind und wie wichtig und notwendig ein koordiniertes Vorgehen ist.

Namibias Regierung hatte große Hoffnungen auf die Weltklimakonferenz 2010 in Cancún gesetzt. Deren Delegation sprach sich für unbedingtes gegenseitiges Vertrauen unter den Anwesenden aus, da man nur hierdurch zu einem gemeinsamen verbindlichen Ergebnis kommen könne. In der Eröffnungsrede zur Klimakonferenz war die Zielsetzung des Landes klar zu erkennen: Hoffnung auf finanzielle Unterstützung sowie ein klares und rechtskräftiges Ergebnis. Die erhofften und benötigten Mittel sollten für Präventivmaßnahmen sowie für klimabedingte Folgen von Katastrophen eingesetzt werden. Weiter würden Langzeitstrategien für Gruppen wie Frauen und Kinder – die von den Auswirkungen des Klimawandels besonders hart betroffen sind – entwickelt und umgesetzt und die Verbreitung von Informationen zum Klimawandel verstärkt werden. Ferner wurden von der Konferenz praxisorientierte Lösungen erwartet, die fair für alle Länder sind, aber auch im Einklang mit der Convention on Climate Change der VN und dem Bali

Action Plan stehen. Das Ergebnis der Weltklimakonferenz in Cancún wurde von der Regierung Namibias als ein neuer Meilenstein bezeichnet, da es nicht nur neues Vertrauen in einen multilateralen Lösungsfindungsprozess geschaffen, sondern auch einen Grundstein für ein rechtskräftiges Ergebnis in Durban gelegt hat.

Der Klimawandel wird die lang- und mittelfristigen nationalen Entwicklungsziele Namibias, wie sie in der Vision 2030 der Regierung dargelegt sind, wohl stärker als bisher vermutet beeinflussen. Der im März 2011 vorgelegte Haushalt lässt jedoch leider keinen signifikanten Mittelzuwachs für klimarelevante Programme erkennen. Als von den Folgen des globalen Klimawandels besonders stark betroffenen Land benötigt Namibia Unterstützung bei der Bekämpfung der Ursachen des Klimawandels und dessen (möglicher) Folgen. Dabei richtet sich der Blick Namibias nicht nur auf die internationale Gebergemeinschaft, sondern auch auf die Vereinten Nationen und die Europäische Union als Vorreiter des Prozesses, ein rechtlich verbindliches Vertragswerk für den weltweiten Klimaschutz durchzusetzen.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

Felix Dane | Jörg Knocha

SICHERHEITSERWÄGUNGEN DOMINIEREN KLIMADEBATTE

Der prognostizierte Klimawandel im Nahen Osten – der den Anstieg des Meeresspiegels, eine Zunahme extremer Wetterereignisse wie Dürren und Überschwemmungen und eine Abnahme des Niederschlags umfasst – wird zu einer noch größeren Wasserknappheit führen. In einer israelisch-palästinensisch-jordanischen Studie für die VN-Klimakonferenz in Bali 2007 bezeichneten die Autoren den Klimawandel als „eine neuartige und wahrhafte Bedrohung für den Nahen Osten, die massive ökologische, wirtschaftliche, politische und sicherheitspolitische Auswirkungen“ haben wird. Die Gefahr grenzüberschreitender politischer Konflikte steigt, wenn die Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. Daher wird der Klimawandel auch als sog. Gefahrenmultiplikator, also als Ereignis, das bestehende Instabilitäten noch verschärft, bezeichnet. So könnten eine zunehmende Wasserknappheit und ein steigender Meeresspiegel zu einer Massenwanderung von Klimaflüchtlingen führen. Eine Anhebung des Wasserspiegels des Mittelmeers um einen halben Meter würde eine akute Bedrohung



Bis 2050 wird eine zehnpromtente Zunahme der Wasserverdunstung und bis 2100 ein 20-prozentiger Rückgang der Niederschläge erwartet.

der Trinkwasserversorgung der etwa 1,5 Millionen Einwohner des Gazastreifens bedeuten, da es zur Salzwasserkontaminierung ihrer einzigen Wasserquelle, der grundwasserführenden Schicht an der Mittelmeerküste („Küsten-Aquifer“), kommen würde. Ein Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion, die ein zentraler Faktor im Leben vieler Palästinenser ist, wäre eine andere Folge.



Der Klimawandel wird zu einem steten Niedergang der regionalen Landwirtschaft, die ein zentraler Faktor im Leben vieler Menschen ist, führen.



Nicht wenige Palästinenser schämen sich für die überall vorkommenden Müllberge und herumfliegenden Plastiktüten.

Der von den Vereinten Nationen gegründete Weltklimarat IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) und wissenschaftliche Studien gehen davon aus, dass der Klimawandel folgende Auswirkungen auf die Region haben wird:

- einen mittleren Temperaturanstieg von drei bis fünf Grad Celsius bis 2080;
- einen 20-prozentigen Rückgang der Niederschläge bis 2100;
- eine Zunahme der Wasserverdunstung um zehn Prozent bis 2050;
- eine Zunahme der jahreszeitlichen Temperaturschwankungen;
- eine Häufung von extremen Wetterereignissen wie Dürren und Überschwemmungen;
- einen Anstieg des Meeresspiegels des Mittelmeers um voraussichtlich 30 bis 100 Zentimeter bis 2100.

Trotz dieser Prognosen wird die Klimadebatte weiterhin auf sicherheitspolitische Aspekte reduziert, da davon ausgegangen wird, dass die Auswirkungen des Klimawandels die Spannungen zwischen den beiden Völkern noch verschärfen werden. Dass weiterhin keine endgültigen Regelungen für die Wasservorkommen in den Palästinensergebieten existieren, trägt dazu bei. Innerhalb der Konfliktparameter ist der Klimawandel nur ein untergeordnetes Thema und findet lediglich im Bereich Wasser statt. Dass der Mangel an Trinkwasser, ein Niedergang der regionalen Landwirtschaft, Migrationsbewegungen und eine Zunahme von Extremwetterlagen genauso verheerende Auswirkungen haben können wie politisch motivierte militärische Konflikte, wird allzu oft ausgeblendet. Der Nahostkonflikt wird daher in erster Linie (sicherheits-)politisch definiert, weil die Veränderungen in diesem Bereich schneller, dramatischer und medienträchtiger sind als die Implikationen eines globalen Phänomens, das multidimensional ist und sich einfachen Erklärungsmustern entzieht. Da die Lebensbedingungen in der Region innerhalb der nächsten Jahrzehnte aber einer grundlegenden Transformation unterliegen werden, die die bestehenden politischen Bruchlinien noch vertiefen wird, ist dies eine fragwürdige Herangehensweise.

STATT EINES SCHLUSSWORTS: PALÄSTINENSISCHE PERZEPTIONEN UND DIE PRAXIS

Jeder, der in den Palästinensergebieten lebt, muss sich früher oder später damit abfinden, dass er alte Zeitungen, Plastikflaschen, Hausunrat, Glas und möglicherweise sogar Elektronikmüll und Batterien in ein und denselben Container werfen muss. Der Grüne Punkt, Container für verschiedenfarbige Flaschen oder Papierrecycling sind Errungenschaften einer supranationalen Gesellschaft, die Konflikte mittlerweile primär friedlich löst. Das gängige Argument der Palästinenser, wenn sie sich überhaupt mit diesem Thema auseinandersetzen, stellt den Primat des Politischen in den Vordergrund. Die Auswirkungen der Besatzung prägen das Alltagsleben, diese müsse beendet werden, bevor man sich um solche Themen kümmern könnte. Doch gelegentlich wird auch Scham deutlich angesichts der ubiquitären Müllberge und herumfliegenden Plastiktüten. Ältere Palästinenser verweisen auf eine Zeit, in der die Bevölkerung noch eine intimere Beziehung zu ihrem Land gehabt hätte und dies nicht möglich gewesen wäre. Nationale und internationale Akteure, staatliche wie nicht staatliche, haben Programme entwickelt und teils auch umgesetzt, die auf ein größeres öffentliches Bewusstsein hinarbeiten. Die Schritte der Autonomiebehörde sind ein Anfang, doch nach dem rechtlichen und institutionellen Aufbau einer Umweltpolitikinfrastruktur wurden zu wenige Projekte tatsächlich umgesetzt. Außerdem fehlt es an einer dezidierten Klimapolitik, die zwar Teil der Umweltpolitik sein müsste, aber dennoch einen eigenen Fokus, nämlich die Folgen des globalen Klimawandels, hätte. Auch im Zweijahresplan der palästinensischen Regierung von Ministerpräsident Salam Fayyad, der im August 2011 ausläuft, haben diese Bereiche nur eine marginale Bedeutung. Wenn sich dies nicht ändert, wird der Klimawandel endgültig zu einem integralen Bestandteil des Nahostkonflikts werden und dazu beitragen, dass dieser noch komplizierter und somit schwerer zu lösen sein wird.